Mann!
Kernig
Kraftvoll
len.
Vesel
usen
chum
hen 150 Mk.
ten!
Artillerie-Verein
Bocholt.
Monatsversammlung
am Sonntag, 10. Dez., abends 5,00 Uhr im „Bürgerkrug“ mit Damen.
Tagesordnung:
1. Empfang.
2. Aufnahme.
3. Weihnachtsfeier betr.
4. Verschiedenes.
Pünktlichen und regen Besuch erwartet
Der Vorstand.
NB. Die Damen und Herren der Theater-Abteilung sind zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen; es darf keiner fehlen.
Deutscher
Werkmeisterbund.
Sonntag vormittag 10½ Uhr:
Monatsversammlung.
d6550 Der Vorstand.
Sport- und Spielverein Einigkeit.
Mitgl. d. Deutschen Ath. Sp. Verb. v. 1895
Sonntag, den 10. d. Mts., punkt 10.30 Uhr vormittags
Außerordentliche Monats-Versammlung.
Tagesordnung wird i. Lokal bekanntgegeben.
Zahlreich. u. pünktliches Erscheinen erw.
Der Vorstand.
NB. Bei der Verlosung werden die Karten für die Eltern usw. unserer Mitglieder für das Familienfest ausgegeben werden.
Herren-Hüte
Damen-Hüte
werden auf moderne Formen schnell und sauber umgepreßt.
V. Lang, Hutmacher,
Gasthausplatz 1.
Eingang hinter der Stadtkasse.
Ein fast neuer
Ohren-
lehnsessel
ein a[illegible]-Abendmantel zu verkaufen.
Näh. in d. Geschäftsst.

Bezugspreis einschließlich Post- und Zustellungsgebühr Mk. 400.— Einzelpreis 15.—. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anzeigenpreis für das einspalt. Millimeter im lokalen Teil 5.00 Mk., für Bocholt und Umgegend und 6.00 Mk. für auswärts; im allgemeinen Teil in 19 Zeitungen Westfalens und der angrenzenden Gebiete 25.00 Mk. Familienanzeigen 20.00 Mk., Arbeitsmarkt 18.00 Mk.

Rheder Volkszeitung

Amtlicher Anzeiger des Landratsamts, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken. — Organ der Zentrumspartei.

Anholt-Isselburger Zeitung

Nr. 287 | Katholisch: Damasus. | Montag, den 11. Dezember | Evangelisch: Damasus. | 1922

Die polnische Präsidentenwahl.

Warschau, 10. Dez. (Drahtb.) Gestern abend 8 Uhr wurde Gabriel Narutowicz zum Präsidenten der Polnischen Republik gewählt.

*

Nach der polnischen Verfassung hatte die aus Senat und Sejm zusammengesetzte Nationalversammlung den Präsidenten zu wählen. Sie trat Samstag mittag um 12 Uhr zu diesem Zweck zusammen. Daraus, daß die Wahl erst abends um 8 Uhr gelang, kann man erkennen, welche Schwierigkeiten zu überwinden waren. Der bisherige Staatschef Pilsudski hatte eine Kandidatur entschieden abgelehnt. Auch der frühere Ministerpräsident Witos, der Führer der links gerichteten Bauernpartei, sträubte sich. Die einzige offiziell angemeldete Kandidatur war die des Senatspräsidenten Trampczynski durch den Rechtsblock. Narutowicz's Wahl zeugt davon, daß ein Kompromiß zustande gekommen ist. Er war bereits einmal polnischer Minister. Nähere Nachrichten liegen noch nicht vor.

Hardings Botschaft an den Kongreß

London, 9. Dez. Reuter meldet aus Washington von gestern: In seiner Botschaft an den Kongreß verwies Präsident Harding auf die allgemeine Lage der Welt und führte aus, die Wiederherstellung der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung habe kaum begonnen. Unter anderem befaßt sich die Botschaft mit dem Alkoholverbot, den auswärtigen Krediten, Transportfragen, der Kinderarbeit und der Einwanderung.

Ueber die auswärtigen Angelegenheiten sagte der Präsident, das Land habe seinen Einfluß in weitem Maße dazu verwandt, bewaffnete Konflikte weniger wahrscheinlich zu machen. Die Vereinigten Staaten hätten volle Kenntnis von den Anstrengungen, die die Welt zum Zweck der Wiederherstellung unternähme. Dieser Verpflichtung, die Amerikas Idealen entspreche und durch die amerikanische Regierungsform geschaffen worden sei, werde die Regierung bereitwillig nachkommen. Indessen müßte jeder Nation gestattet sein, auf eigenen Füßen vorwärts zu gehen. Andernfalls sei ihr internationaler Wert nur gering. Die Welt befinde sich noch immer in einer großen Krise und es sei keine bloße Redensart, wenn man sage, daß unsere Zivilisation jetzt auf die Probe gestellt werde. Es bestehe wenig Unterschied bezüglich der Rolle, die Amerika bei der Förderung des Friedens und den Fortschritten der Menschheit spielen solle, auch bezüglich der Art und Weise, wie sie gespielt werden solle. Wir verlangen von niemand, daß er die Verantwortung von uns übernehme, und wir übernehmen auch keine Verantwortung, die die anderen selbst tragen müssen. Denn andernfalls werden die Nationen hoffnungslos im Internationalismus versinken. Ueber den Tarif, der als wichtigstes Schutzmittel gegen den anormalen Zustand des Welthandels bezeichnet wird, sagte Harding, niemand ziehe ein Abseitsstehen auf kommerziellem oder sonstigem Gebiet in Betracht. Es würde der besten amerikanischen Tradition und den höchsten Menschheitsidealen zuwiderlaufen.

Zum Schluß sagte Harding: Der Krieg hat Amerika zu einer Gläubigernation gemacht. Wir haben nicht danach gestrebt, einen übertriebenen Teil des Goldes der Welt zu haben; wir trachtn nicht danach, ein internationaler Diktator zu werden. Wir werden uns freuen, die Währungssysteme wiederherzustellen, den Handel in jeder Beziehung zu erleichtern, aber nur so, daß wir nicht auf die Stufe derer herabsinken, die wir emporzuheben suchen.

Die türkischen Vorschläge in der Meerengenfrage.

Lausanne, 9. Dezember. In der Kommission für territoriale Fragen gab Ismet Pascha die Einwendungen der türkischen Delegation gegen die alliierten Vorschläge bekannt und legte folgende **Gegenvorschläge** der türkischen Regierung vor:

1. Die Türken verlangen eine **Garantie**, daß die **Sicherheit der Meerengen** von Konstantinopel und dem Marmarameer gegen jede Ueberraschung zu Wasser und zu Lande gewahrt werde.

2. **Beschränkung der Seekräfte**, die sich in das Schwarze Meer begeben dürfen, damit diese für die Zone die sich zwischen den beiden Meerengen und dem Schwarzen Meer ausdehnt, keine Gefahr bilden. Zum Schutze des internationalen Handels sollen leichte Schiffe verwandt werden.

3. **Verbot, im Schwarzen Meer Kriegsschiffe zu stationieren.**

4. **Freiheit der Durchfahrt für Handelsschiffe** in Kriegs- und Friedenszeiten. Falls die Türkei sich im Kriegszustande befindet, würde sie sich mit einer unbedingt notwendigen technischen Kontrolle begnügen.

Außerdem wies Ismet Pascha darauf hin, daß er gegen die folgenden alliierten Vorschläge **schärfste Bedenken** vom türkischen Standpunkt aus vorbringen müsse:

1. Das Marmarameer soll nicht unter den Begriff „Meerenge“ fallen.

2. Da die Eisenbahnlinie eine wichtige Verbindung zwischen Anatolien und Thrazien bilde, und da Konstantinopel eine Garnison besitzen solle, sei es **zwecklos**, eine **entmilitarisierte Zone um den Bosporus** zu ziehen. Es genüge, festzusetzen, daß an beiden Ufern keine Befestigungen bestehen bleiben dürften.

3. Die Alliierten wünschen, daß in der entmilitarisierten Zone keine Truppenbewegungen vorgenommen werden dürfen. Die Türken wünschen im Gegenteil, diese Bewegungen zu gestatten, denn die erwähnte Zone verbindet die beiden Teile des Landes miteinander.

4. Zur Verteidigung des Marmarameeres muß die Türkei in Konstantinopel und an den Meerengen Arsenale und andere maritime Einrichtungen besitzen.

5. Die Grenzen der entmilitarisierten Zone sind zu ausgedehnt.

6. Imbros, Tenedos und Samothrake müssen unter die türkische Souveränität gestellt werden. Lemnos muß für autonom erklärt werden. Ein Mindestmaß an Verteidigungsmitteln muß der Halbinsel Gallipoli zugestanden werden, damit diese gegen überraschende Ueberfälle geschützt ist.

Nach Ismet Pascha ergriff Tschitscherin das Wort und erneuerte seine bereits früher von ihm zur Frage der Meerengen abgegebenen Erklärungen.

In der Nachmittagssitzung erteilte Lord Curzon im Namen der Alliierten die **Antwort auf die türkischen Vorschläge.** Indem er die einzelnen türkischen Forderungen und Einwände durchging, bemerkte er, daß **in keinem Punkte unüberwindliche Hindernisse** beständen, und daß nunmehr die Sachverständigen daran gehen könnten, die Gegensätze auszugleichen.

Alle strittigen Punkte werden nunmehr von den Sachverständigen bearbeitet werden.

Lausanne, 10. Dezember. (Drahtb.) Tschitscherin sprach gestern vor den türkischen Pressevertretern und warnte die Türkei vor einem zu großen Vertrauen den Westmächten gegenüber.

Das Zentrum gegen die Abstimmung in Hannover.

Die Volksabstimmung in Hannover beschäftigte eine Zentrumsparteisitzung für den Wahlkreis Weser-Ems, welcher das ehemalige Fürstbistum Osnabrück, das Emsland, Ostfriesland, die Länder Oldenburg und Bremen umfaßt. Nach einem Vortrag von Rechtsanwalt Herting, Osnabrück, wurde einstimmig der Auffassung Ausdruck gegeben, daß wegen der unmittelbaren Rückwirkung auf das Schicksal der Rheinlande und des Deutschen Reiches die Herbeiführung einer Abstimmung über die Errichtung eines neuen nordwestdeutschen Staatsgebildes gemäß Art. 18 der Reichsverfassung **zur Zeit eine Unmöglichkeit** ist. Im Vollbewußtsein der Pflichten, welche das deutsche Gewissen auferlegt, beschloß der Wahlausschuß, alles zu tun, um die Herbeiführung einer Abstimmung unter den gegenwärtigen Umständen zu bekämpfen. In der Debatte wurde auch noch betont, daß mit der Neuausrichtung, Neueinrichtung und Ausscheidung eines Landes aus der bisherigen Gebietsstruktur soviel Arbeit und soviel Kosten verbunden seien, daß der gegenwärtige Zeitpunkt, der alle Arbeit und alle Mittel für die Erhaltung des Lebens der Nation fordere, als der schlechtest gewählte erscheinen müsse.

Die Affäre Müller.

Mit der Angelegenheit des zweitägigen Ernährungsministers Dr. Müller, die wir hier bereits behandelt haben, befaßt sich jetzt eine Berliner Korrespondenz, von der der Westf. Merkur Notiz nimmt. Die Korrespondenz schreibt: Der Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat Dr. Müller dem Reichskanzler für diesen wichtigen Posten empfohlen, und zwar auf Veranlassung des Reichstagsabgeordneten Busch (Ztr.). Busch hatte schon vor drei Jahren an der Schaffung eines besonderen Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, sowie seiner Besetzung mit Hermes mitgewirkt. Müller-Bonn und Busch gehören zu den Begründern der Rheinischen Preßhefe- und Spritwerke A.-G.“ in Köln, die die Monheimer Spritwerke, eine mit 11 Millionen Mark erfolgte staatliche Gründung der Kriegszeit, Ende April 1921 für 8 Millionen Mk. übernahmen. Von diesem Kapital brachte Reichstagsabgeordneter Busch, früher Postverwalter, dann Staatssekretär im Preußischen Landwirtschaftsministerium, die Summe von 1 600 000 Mark in diese Aktiengesellschaft ein, und Dr. Müller, der nicht mit Kapital beteiligt ist, fungiert bei dieser der Reichsmonopolverwaltung unterstehenden Gesellschaft als Mitglied des Aufsichtsrates.“

Eine amtliche Stellungnahme zu diesen Mitteilungen ist dringend geboten.

Die Einigung im Bankgewerbe.

Berlin, 10. Dez. Wie der Reichsverband der Bankangestellten mitteilt, kam im Reichsarbeitsministerium folgende Einigung im Bankgewerbe zustande: 1. Als Abgeltung der bisherigen tariflichen Gratifikationen wird möglichst sofort eine **Weihnachtsgratifikation** in Höhe des provisorischen Novembereinkommens gezahlt. Die Sätze bewegen sich zwischen 24- und 41 000 Mk. Außerdem werden die sozialen Zulagen verdoppelt. 2. Für Dezember werden als vorläufiges Einkommen die **dreifachen Oktoberbezüge** festgesetzt. Außerdem werden die sozialen Zulagen, und zwar die Haushaltszulage, auf 3500 Mk. festgelegt. 3. Als Abgeltung für den Ueberteuerungszuschlag wird bis zum 31. Dezember ein Betrag von 5000 Mk. mit obiger Weihnachtsgratifikation zur Auszahlung gelangen.

Die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften

Aus einer Mitteilung der freien Gewerkschaften ergibt sich, daß diese am 1. Oktober 8 136 000 Mitglieder zählen. Das bedeutet gegen den Schluß des Vorjahres eine Steigerung um 384 000 Mitglieder. An der Steigerung sind 33 Gewerkschaften beteiligt. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug Ende September 1 754 000. Den stärksten Zuwachs erzielten die Bauarbeiter mit 107 000 Mitgliedern, ferner die Textilarbeiter mit 79 000, die Fabrikarbeiter mit 61 000, die Metallarbeiter mit 53 000, die Holzarbeiter mit 48 000. Der Verband der Buchbinder zählt jetzt 99 000 Mitglieder.

Diese Zahlen sollten den christlichen Arbeitern zeigen, daß es mehr denn je notwendig ist, gegenüber dem Anwachsen der freien Verbände durch Organisation und Werbung für die christlichen Gewerkschaften auf das eifrigste einzutreten.

Die Londoner Konferenz.

Frankreichs Forderungen und Englands Zugeständnisse.

London, 9. Dez. Die Reparationskonferenz der Ministerpräsidenten hat heute vormittag 10,30 Uhr in Downing-Street begonnen. Die Namen der in London anwesenden Bevollmächtigten sind, England: Bonar Law, Schatzkanzler Baldwin und Sir Eyre Crowe vom Auswärtigen Amt; Frankreich: Poincare, Finanzminister de Lasteyrie, der Direktor der politischen Angelegenheiten am Quai d'Orsay Peretti della Rocca, Tannery, de Margerie und Camerlink; Italien: Mussolini, Baron Ruffi, Marquis Salvaggo Raggi, Dameglio, Lodi Fe, Comte Rossini vom Schatzamt und Dr. Giannini; Belgien: Theunis, Jaspar, Vemehmans, Gutt und Vicomte Davignon.

London, 9. Dez. Die Konferenz ist um 2 Uhr auseinandergegangen und wird ihre Verhandlungen um 4 Uhr wieder aufnehmen. Die Sachverständigen waren nicht zugegen. Der Presse wurden über die Vorgänge keine Nachrichten gegeben.

Paris, 10. Dez. (Drahtb.) Ueber den Verlauf des gestrigen Verhandlungstages in London glaubt Havas, obwohl die einzelnen Delegationen strengstes Stillschweigen beobachten, mitteilen zu können: Wie es scheine, könne der französische Standpunkt dahin formuliert werden, daß Deutschland zunächst ein Aufschub von zwei Jahren für die Geldreparation bewilligt werden könne. Während dieser Zeit müßten die Sachlieferungen aber, wenn auch in vermindertem Umfange, weitergehen. Die deutsche Regierung müsse in kurzer Frist gesetzliche Maßnahmen erlassen, um die deutschen Finanzen zu sanieren. Ein Kredit von einer halben Milliarde Goldmark, zu dem eine gleich hohe Summe aus dem Goldbestande der deutschen Reichsbank kommen müsse, werde Deutschland zur Stabilisierung der Mark zur Verfügung gestellt werden. Um eine Bürgschaft für die Ausführung dieser Maßnahmen zu besitzen, würden die Alliierten 25 Prozent der deutschen Ausfuhr und die Zolleinnahmen verlangen, sowie die Bergwerke im Ruhrgebiet kontrollieren.

Mussolini habe, wie Havas weiter zu melden weiß, der Konferenz eine Note überreicht, in der er die Ueberzeugung ausspricht, daß, wenn ein Zahlungsaufschub gewährt werden müsse, dies nur gegen gewisse Bürgschaften erfolgen könne. Mussolini sei jedoch Gegner militärischer Druckmittel.

Bonar Law habe die französischen Vorschläge in sehr gemäßigter Form kritisiert. Er betrachte die Aufrechterhaltung der Entente cordiale als grundlegende Notwendigkeit, er müsse aber mit der öffentlichen Meinung in England rechnen, die in ihrer Mehrheit jeder Zwangsmaßnahme gegenüber Deutschland feindlich gesinnt sei. Auch England leide stark unter den Folgen des Krieges und sei weit davon entfernt, Deutschland von seinen Verpflichtungen befreien zu wollen. Es wolle Zahlungen — aber im Rahmen der Möglichkeiten. Die gegenwärtige englische Regierung werde eine verschärfte Kontrolle der deutschen Finanzen zulassen und sich auch der Erhebung von 25 Prozent der deutschen Ausfuhr-Zolleinnahmen nicht widersetzen.

Weiter berichtet Havas: in der Nachmittagssitzung wurde die Frage der alliierten Schulden angeschnitten. Bonar Law habe versichert, die britische Regierung könne nicht die amtliche Absichten der Vereinigten Staaten abwarten. Sie sei zu einem Erlaß der alliierten Schulden bereit, die die Alliierten England schulden. Voraussetzung hierfür sei, daß ein solches Opfer zur Lösung der allgemeinen Reparationsprobleme beitrage. Anscheinend eröffnet sich nach dieser Richtung hin, wie Havas hervorhebt, sicher eine neue Möglichkeit hinsichtlich der Liquidierung der europäischen Passiven, deren Erörterung die Balfournote vom August d. Js. verhindert habe.

Am Schluß der Havasmeldung heißt es, wie man sehe, sei die französische und britische Auffassung noch sehr weit voneinander entfernt. Aber im Gegensatz zu den früheren Konferenzen könne man eine allgemeine Lösung ermöglichen. Man brauche nur guten Willen zu haben.

Paris, 10. Dez. (Drahtb.) Das „Echo de Paris“ meldet aus London, Bonar Law habe auf die englischen Forderungen an die Alliierten verzichten wollen, sei jedoch anscheinend nicht geneigt, auf den Anteil Großbritanniens an den Reparationszahlungen gemäß dem Abkommen von Spaa zu verzichten.

Der Plan der nordfranzösischen Industrie.

Paris, 10. Dez. (Drahtb.) Nach dem Londoner Berichterstatter des Newyork Herald wird in nichtamtlichen Kreisen vielfach auf die Tatsache verwiesen, daß die Militärs in Frankreich einer Besetzung des Ruhrgebietes ablehnend gegenüberstehen. Es werde erklärt, daß der wichtigste Ausgangspunkt der Bewegung zugunsten der Besetzung des Ruhrgebiets in der nordfranzösischen Industrie liege. Diese verfüge aber über zahlreiches Personal und wolle, wenn die Besetzung durchgeführt werde, den Versuch machen, die Bergwerke und Fabriken mit französischen Arbeitern und Angestellten in Betrieb nehmen, wie immer die deutsche Bevölkerung sich dazu stellen werde.

Deutsch ist der Rhein, deutsch soll er bleiben!

× **Essen, 10. Dezember.** Alle Berufsstände Westfalens, Rheinlands, der Pfalz, Hessens und der Saar versammelten sich heute in Essen, um in einhelliger Abwehrfront gegen die französischen Abtrennungsgelüste am Rhein zu protestieren und aufs neue ein engeres Band um Rhein und Reich zu schlingen. Eine Reihe von Vertretern aller Stände und Volksschichten, so u. a. Generaldirektor Köngeter, Düsseldorf, als Vertreter der Industrie, Gewerkschaftsvertreter Meyer, Düsseldorf, für die freien Gewerkschaften und Angestelltenverbände, Frhr. v. Dalwigk für die rheinische Landwirtschaft, Gewerkschaftsführer zur Nieden für die christlichen Gewerkschaften, Dr. Fritsch als Vertreter der Pfalz, Frhr. von Lüning für die westfälische Landwirtschaft, ein Vertreter des Saargebietes und der Vorsitzende der Kölner Handelskammer, Geheimrat Hagen, gelobten aufs neue: Treue dem bedrohten Rheinland, Treue dem Reiche. Der wuchtigen, überzeugenden Kundgebung setzte folgende, mit brausendem Beifall aufgenommene,

Entschließung

die Krone auf:

„Kopf- und Handarbeiter, im Städtischen Saalbau zu Essen versammelt, erheben als berufene Vertreter der schaffenden Stände und ihrer Körperschaften in Industrie, Landwirtschaft, Handel, Handwerk, Verkehr und Verwaltung Rheinlands, Westfalens, Hessen-Nassaus, Hessens und der Pfalz einhelligen Einspruch gegen die Absicht, die völkerrechts- und vertragswidrige Besetzung des Düsseldorfer-Duisburger Bezirks auf das Ruhrgebiet auszudehnen. Mit besonderem Nachdruck aber wenden sie sich gegen jeden Versuch, den kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenhang der westdeutschen Grenzlande mit dem Reich oder den Einzelstaaten zu lockern. Die Stämme zu beiden Seiten des Rheines bilden einen wesentlichen Bestandteil des deutschen Volkes seit Beginn seiner Geschichte. In Sprache und Sitte hat sich diese Zusammengehörigkeit durch den Lauf der Jahrhunderte hin als unlöslich erwiesen und durch gegenseitige geistige Befruchtung immer mehr vertieft. In gleicher Weise ist die hohe wirtschaftliche Blüte des Reiches und seiner Grenzgebiete im Westen nur zurückzuführen auf den sich immer reger gestaltenden Güteraustausch in einem Staatswesen. Deshalb bildet die Zusammengehörigkeit mit dem engeren und weiteren Vaterlande die Vorbedingung des sittlichen, politischen und wirtschaftlichen Daseins für beide Teile. Das Reich und die Länder am Rhein sind auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Jeder Versuch, sie zu trennen, wird, woher er auch kommen mag, in unseren Reihen geschlossenen und dauernden Widerstand finden. „Hie gut deutsch allewege!"

Der Reichskanzler zur Rheinlandfrage.

Berlin, 9. Dez. Vor Vertretern rheinischer Zeitungen führte Reichskanzler Cuno über die Rheinlandfrage aus, die Reichsregierung bleibe unbeirrbar bei ihrer im Reichstage abgegebenen Erklärung: Die Preisgabe des Rheinlandes wäre das Ende des Reiches. Im Rheinlande hätten auch die großen Parteien alles Trennende hintangestellt. Man brauche nicht zu verzagen, wenn es noch Treue und Standhaftigkeit gebe. Möge man doch auch in französischen Kreisen diese Gefühle der rheinischen Bevölkerung würdigen. Wenn im Elysee hinter verschlossenen Türen beraten wurde, nämlich über die Besetzung des Ruhrgebietes, so sei man daran seit zwei Jahren mehr oder weniger gewohnt. Es sei Pflicht der Regierung, gegenüber derartigen Meldungen Ruhe und Entschlossenheit zu wahren. Das Rheinland solle sich auch nicht nervös machen lassen, denn die Reichsregierung bleibe unzweideutig auf dem Standpunkt, daß das rheinische Gebiet ungeschmälert zu Deutschland gehöre. Niemals käme der Augenblick wieder, wo sich Deutschland von neuem verstümmeln lassen werde. Alles was getan werden kann, muß geschehen im Hinblick auf das eine große Ziel, die Rheinlande zu befreien. Und da sei zu sagen, daß nach den klaren Bestimmungen des Versailler Vertrages die Frist für die 15jährige Besetzung am 10. Januar 1920 begonnen habe, denn Art. 428 sage, daß die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Brückenköpfe von den alliierten Truppen während 15 Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages besetzt bleibe und das in Art. 440 erwähnte Protokoll des Vertrages sei am gleichen 10. Januar 1920 errichtet worden. Von diesem Tage an also laufe die Besetzungsfrist. Deutschland habe demnach den vertraglich verbürgten Anspruch darauf, daß mit Ablauf des 9. Januar 1925 der Brückenkopf Köln und die übrigen in Art. 429 genannten Gebiete mit Ablauf des 9. Januar 1930 geräumt sein müssen. Und mit Ablauf des 9. Januar 1935 müsse der letzte Soldat der alliierten Mächte das besetzte Gebiet verlassen. Nur eine Einschränkung gäbe es, nämlich, wenn nach Ablauf der 15jährigen Besetzungsfrist die alliierten und assoziierten Mächte die Sicherheit gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands nicht hinreichend erachten. Voraussetzung für eine Verlängerung der 15jährigen Besetzung sei, daß mit Ablauf der Besatzungsfrist die alliierten und assoziierten Mächte nicht etwa die Regierung der Besatzungsmächte oder nur gar einer einzelnen Regierung, etwa die französische ausdrücklich feststellen, daß gegen einen solchen Angriff keine genügende Sicherheit bestehe. Der Reichskanzler schloß, die rheinische Treue zum Reich, solle mit der Treue des Reichs zum Rheinlande vergolten werden.

Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten.

Berlin, 9. Dez. Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten trat heute vormittag unter dem Vorsitz Dr. Stresemanns zu einer Sitzung zusammen, in der zunächst Außenminister v. Rosenberg über die Ostfragen, insbesondere über die Ausdehnung des Rapallavertrages sprach. An der Debatte beteiligten sich die Abgg. von Rheinbaben (Deutsche Vpt.), Hoetzsch (Deutschnatl.), Breitscheid (Soz.), Koenen (Komm.), Graf Bernstorff (Dem.) und Dr. Wirth (Ztr.).

Im Anschluß daran gab Minister v. Rosenberg einen Ueberblick über die gegenwärtige außenpolitische Lage und erörterten in großen Zügen die Aufgaben, die der Reichsregierung daraus erwachsen. Dabei behielt er sich eingehendere Mitteilungen vor. Die Reichsregierung hoffe, sie in der nächsten Woche geben zu können. Weiter beleuchtete der Minister die befristeten Forderungen, die die Entente wegen der Umwandlung der militärischen Kontrollkommissionen in Garantiekomitees und wegen der Vorfälle in Passau und Ingolstadt jüngst gestellt hat. Die Aussprache eröffnete Dr. Helfferich (Deutschnatl.). Weiter kamen der Abg. Dr. Wirth, der Außenminister von Rosenberg, die Abgeordneten Dr. Stresemann, Müller-Franken, Gotheim und Koenen zu Wort.

Lloyd George über Frankreichs Rhein-Politik.

London, 9. Dez. „Daily Chronacle" und „Daily Mail" veröffentlichen einen ausführlichen Artikel Lloyd Georges über „Die Zukunft Großbritanniens und die Bedrohung des Rheinlandes". Der frühere Premierminister wendet sich gegen die Erklärung Clemenceaus in den Vereinigten Staaten, daß Großbritannien in der Frage der Garantierung Frankreichs gegen einen deutschen Angriff nicht Wort gehalten habe, und weist nach, daß das Angebot in Cannes endgültig erneuert worden sei. Poincare habe es später jedoch nicht angenommen. Nach Ansicht Lloyd Georges hat Poincare es nicht etwa deshalb nicht angenommen, weil er nicht gewünscht habe, das Zeichen der Billigung unter das Werk seines Vorgängers zu setzen. Der Grund sei dunklerer Art. Lloyd George erklärt weiter, wenn Frankreich Großbritanniens Garantie der Verteidigung seiner Genzen annehme, so entschwinde damit jede Entschuldigung für die Annexion des linken Rheinufers durch Frankreich. Er sagt voraus, wenn die französischen Minister entschlossen seien, sich unter keinen Bedingungen, selbst am Ende der Besatzungsperiode nicht, vom Rhein zurückzuziehen, dann werde in der Geschichte Europas ein neues Kapitel voller Schrecken beginnen. Lloyd George verweist auf die nach Rasse, Sprache, Tradition und Sympathien urdeutsche Art der deutschen Provinzen auf dem linken Rheinufer und vergegenwärtigt die Gefahr, die in der Zukunft durchaus entstehen müsse, daß Millionen Deutscher auf der anderen Seite des Rheins unter einem fremden Joch leben. Ein Befreiungskrieg wäre auf die Dauer unvermeidlich und sein Beginn nur eine Frage der Zeit und der Gelegenheit.

Im Anschluß an diese Ausführungen richtet Lloyd George an Amerika die Aufforderung, daß es rechtzeitig ein wirksames Interesse an der Entwicklung am Rhein nehme. Weder Großbritannien noch Amerika könnten es sich leisten, die Manöver unberücksichtigt zu lassen, die an den Ufern des Rheins vor sich gehen. Lloyd George weist im Verlauf seines Artikels auf die große Gefahr hin, die mit der französischen Forderung verbunden sei, daß die deutschen Provinzen auf dem linken Rheinufer solange unter französischer Okkupation bleiben sollten, bis der Vertrag erfüllt sei. Lloyd George kommt sodann auf das starke Anwachsen der „Rheinischen Schule" in der französischen Politik zu sprechen. Diese Schule sei heute mächtiger denn je. Die besondere Gefahr liegt der frühere englische Premierminister darin, daß den französischen Politikern noch mehr als vor wenigen Jahren Maß, Klugheit und Weitblick fehlen. Nach Lloyd Georges Ansicht könne das Zusammenstehen Englands und Amerikas die Katastrophe abwenden, indem sie klar aussprechen, daß der Angreifer, wer es auch sei, die unbesiegbare Macht der beiden Staaten gegen sich gerichtet sehen würde, die die Welt in einen neuen Konflikt zu verwickeln drohe. Lloyd George tadelt Clemenceau, weil er seine Beschwerden in Newyork vor Ausländern vorbrachte und nicht in Paris vor Männern seiner eigenen Rasse und geht dann im Einzelnen auf die behindernde Rolle ein, die die französische Regierung auf der Genueser Konferenz gespielt habe. Er führt aus, er beschwere sich nicht über Barthou, der unter demütigenden Bedingungen sein Bestes getan habe, um der Konferenz gegenüber loyal zu bleiben, die seine Regierung mit einberufen hatte, und gibt zu, daß Barthous Aufgabe eine unmögliche gewesen sei. Sobald er einen Schritt vorwärts gemacht habe, sei ihm durch ein Telegramm aus Paris ein Lasso um den Hals geworfen worden. Die europäischen Nationen hätten in Genua gesehen, daß eine der Großmächte auf ein Scheitern der Konferenz hinarbeitete.

Verdoppelung des Brotpreises.

Berlin, 9. Dez. Die im Getreideumlagegesetz vorgesehene Preiskommission wird am Montag unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Dr. Luther zusammentreten, um den Preis für das zweite Drittel der Getreideumlage festzusetzen. Die Landwirtschaft verlangt eine drei- bis vierfache Erhöhung des bisher für das erste Drittel bezahlten Preises von 29 000 Mark. In unterrichteten Kreisen nimmt man den Blättern zufolge an, daß die Forderung der Landwirtschaft, zum mindesten ein wesentlicher Teil anerkannt werde, sodaß für Januar mit einer Verdoppelung des gegenwärtigen Brotpreises zu rechnen ist.

Das Arbeitszeitgesetz vor dem Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 10. Dez. Der sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats setzte die Beratungen des Gesetzentwurfs über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter fort. Behandelt wurden die Ueberschreitungen des Achtstundentages als Ausnahmen mit behördlicher Erlaubnis. Die Arbeitnehmer vertraten den Standpunkt, daß es zweckmäßig sei, den Achtstundentag im Gesetz festzulegen und Abweichungen nur für Arbeiten bei Unglücksfällen, Betriebsstörungen usw. vorzunehmen. Demgegenüber vertraten die Arbeitgeber den Standpunkt, daß der Achtstundentag nicht so schablonenhaft gestaltet werden solle. Die Arbeitgeber kehrten nunmehr zu ihren Anträgen zurück, die die Möglichkeit tarifvertraglicher Regelung in weitestem Maße offen lassen. Diese wurden gegen die Stimmen der Arbeitnehmer im Verhältnis von 14:10 angenommen. Bei den früheren Beratungen waren eine Ueberarbeit bis zu 10 Stunden an den beiden letzten Tagen der Woche, sofern die Gesamtzahl der wöchentlichen Arbeitsstunden dadurch nicht mehr als 48 Stunden beträgt, vorgesehen. Ein anderer Antrag wollte die Beschäftigung von Lehrlingen über 8 Stunden hinaus täglich bis zu einer Stunde zulassen. Ein Antrag von Arbeitnehmerseite verlangte Streichung dieser Bestimmungen. Die Streichung beider Bestimmungen wurde gegen die Stimmen aller Arbeitgeber und eines Vertreters der freien Berufe beschlossen. Zu Paragraph 10 verlangt ein Antrag von Arbeitgeberseite die Ausdehnung der Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in mehrschichtigen Betrieben bis auf 11 Uhr abends, um bei einem Arbeitsbeginn von 7 Uhr morgens eine doppelte Schicht zu ermöglichen. Dieser Antrag wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Die Wiederherstellung des in erster Linie beschlossenen Paragraphen 12, der auch während der Nacht die Beschäftigung von männlichen jugendlichen Arbeitern über 16 Jahren in Stein- und Braunkohlengruben, Eisen- und Stahlwerken, Glashütten, Papierfabriken und Rohzuckerfabriken zulassen will, wurde mit 11 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Der Paragraph 12 ist damit aus dem Gesetz herausgefallen. Dagegen wurde der Paragraph 16, der vorsah, daß die Arbeitszeit und die Unterrichtszeit der Berufsschulen in einer Woche 48 Stunden nicht überschreiten darf, dahin geändert, daß ausnahmsweise bis zu 54 Stunden wöchentlich durch die Bezirkswirtschaftsräte zugelassen werden können. Ferner wurde zu Paragraph 26 eine Entschließung von Arbeitnehmerseite mit 14 gegen zwei Stimmen bewilligt, die einen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitszeitbestimmungen im Bäckereigewerbe vorsieht. Hierauf wurde der gesamte Gesetzentwurf mit 14 gegen 12 Stimmen in zweiter Lesung angenommen.

Karolas Leid und Liebe.

Roman von E. Grabowski.

46) (Nachdruck verboten.)

„Du bist ungeschickt in der Heranziehung von Beispielen! Uebrigens — wenn Du Bedenken hast — noch ist das Geld in meiner Hand?"

Angstvoll suchten Margits Augen im Gesicht der Nichte zu lesen.

„Laß doch, Tante, — es ist wirklich nicht des Geldes wegen. Ich habe nur ein so unbehagliches Gefühl dabei, daß wir hinter Onkels Rücken handeln!"

„Pah, das laß meine Sorge sein! Ich werde dafür sorgen, daß es Dir nicht verloren geht. Etelka wird Dir einen Schuldschein darüber ausstellen."

„Das ist nicht nötig," meinte Karola. Ihr graute vor einer näheren Verbindung mit den Wilks.

„Noch einmal, ich danke Dir!" Frau Margit küßte sie so innig, daß Karola erblaßte: Ich habe doch unrecht gehandelt! das blieb ein Stachel in ihrem Herzen, den sie nicht mehr los werden konnte.

10.

Die nächsten Tage brachten Regen, wie es der Forstmeister voraus gesagt hatte. Im Hause blieb die Stimmung schwül, der Riß zwischen den Ehegatten klaffte weiter, ja, er wurde täglich breiter. Gewitterschwüle lastete auf den Gemütern. Unerquicklich war jedes Zusammensein. Karola litt unter der Doppellast des Unrechts und der Sorge: Wenn ich Bennet sprechen könnte, dachte sie heut, und hätte sich morgen am liebsten vor der Welt begraben, um ihm nicht zu begegnen. Bisher war es ihr gelungen, ihm auszuweichen. Von weitem nur sah sie ihn, immer mit dem Bewußtsein: Vergessen werde ich ihn nie.

Ihre junge Freundin Charlotte war aus Wien zurückgekehrt. Durch sie wurde sie zeitweilig abgelenkt von ihrem grüblerischen Denken. Charlotte war durchaus erfüllt von ihrer Mission. Sie hatte vom Ministerium aus Unterstützung gefunden für ihr Streben, mußte einflußreiche Kreise dafür zu gewinnen und hoffte die Eröffnung des Kinderhorts noch vor Weihnachten zu erleben. Begeistert sprach sie von ihren freiwillig übernommenen Pflichten, so daß Karola doch verwundert darüber war:

„Du bist noch so jung, Lotte; wirst Du einmal andere Pflichten übernehmen wollen?"

Da huschte ein Schatten über das bleiche Gesicht und ergebungsvoll kam es von den jungen Lippen:

„Ich — niemals!"

„Auch Du?" dachte Karola. Dann brach ein Strahl von Güte aus ihren blauen Augen, sie reichte der Freundin die Hand: „Kopf hoch, Lotte, wir tragen gleiches Leid; aber, wir wollen darum nicht murren. Du hast den rechten Weg gefunden — leben für das Heil Enterbter! Es ist ein edler Beruf, er muß befriedigen!"

Hilf mir dabei," bat Charlotte einfach.

„Noch nicht — ich bin gebunden an meine Pflichten hier im Hause. Aber, wenn Rudi aus dem Hause muß, dann frage wieder bei mir an!"

Diese Unterredung hatte ihr viel gegeben, sie hatte sie frei gemacht, ihr den Weg gezeigt in eine Zukunft, die ihr nach allem, was sie erlebt, am würdigsten erschien für ihre schwachen Kräfte.

Ein paar Tage später war's. Es dunkelte schon, und in der traulichen Ecke des Wohnzimmers brannte die elektrische Lampe unter dem gelben Gazeschleier, nur eben diese Ecke des großen Raumes erhellend. Herr von Kitzingen und Karola saßen, wie gewöhnlich um diese Zeit, vor dem Schachtischchen. Aber, es war heut doch manches anders, als vor vielen Wochen. Der große Flügel, an dem sonst in solchen Stunden Frau Margit ihre Tänze und Lieder übte, blieb stumm, und eine tiefe, fühlbare Ruhe webte in den vom Lichte nicht getroffenen Ecken und Winkeln. Rudi spielte in der Küche mit den Kutscherkindern, Frau Margit war bei Wilks.

Vier Augen starrten auf das Schachbrett, aber kein Finger rührte sich, die Figuren weiter zu schieben. Weit ab waren die Gedanken der Spieler, wie so oft jetzt. Auf dem Gesichte Herrn von Kitzingens ruhte ein stiller Gram. Nachlässig lehnte er sich zurück in den Sessel, sah ein Weilchen vor sich hin und fragte endlich seine Nichte:

„Findest Du meine Frau nicht sehr verändert?"

Sie nickte nur und wußte nichts anderes zu sagen.

Und wieder hub er nach kurzer Pause an:

„Der Verkehr mit den Leuten drüben gefällt mir nicht. Sie haben mein Weib völlig umgarnt und mir entfremdet!" Auch das mußte Karola zu geben.

Die Flurglocke schellte laut und heftig. Erwartungsvoll horchte Herr v. Kitzingen hinaus — es war nicht Margit, der Kutscher kam zum Rapport.

Herr von Kitzingen blätterte in seinem Notizbuche:

„Also morgen um sechs, Johann, den gelben Wagen — übrigens, Lola, Du kannst mal nachsehen, ob noch Patronen da sind" . . . .

Sie ging, kam nach wenigen Minuten zurück:

„Hinreichend, Onkel, gegen fünfzig Stück."

„Na, dann also! Was ich noch sagen wollte: um sechs Uhr einspannen, erst holen Sie Herrn Bennet ab und dessen Verwalter, dann fahren Sie hier vor. Die Förster sind benachrichtigt. Es hat sich eine Bache gezeigt, hoffentlich ist sie nicht übergewechselt in den Gemeindewald."

Johann legte den Finger an die Mütze, machte einen Kratzfuß und schielte dabei auf Karola. Es war etwas in dem Blicke, das sie verletzte und erröten ließ. Kam ihr das Alleinsein mit Onkel Theodor unangenehm zum Bewußtsein? Dann wieder fiel ihr Bennet ein. Ich frage jetzt Onkel Theodor nach ihm, dachte sie. Während er, mit einem Blicke auf die Uhr, ärgerlich die Schachfiguren zusammenstellte, wagte sie es:

„Du fährst mit Bennet morgen?"

„Ja, er ist ein eifriger Jäger."

„Wer ist denn eigentlich dieser Bennet? Es wird so viel von ihm gesprochen; ist es wahr, daß er nur ein Adoptivsohn ist?"

Wie klopfte ihr Herz in banger Erwartung! Sie zweifelte nicht mehr daran, daß sie in Bennet Johannes vor sich habe, aber vielleicht erhielt sie Aufschlüsse über den Grund der Namensveränderung.

Herr von Kitzingen zog nachdenklich die Brauen hoch:

„So viel ich weiß, stimmt die Sache; der alte Bennet war nie verheiratet. Wollte er nun seinen Namen vor dem Aussterben retten, oder hatte er andere Gründe dafür. Tatsache ist es, daß er uns plötzlich einen Sohn vorstellte, der, wie wir später erfuhren, von ihm adoptiert worden war. Wie die beiden miteinander bekannt geworden sind, weiß ich nicht."

(Fortsetzung folgt.)

Westfalen und Rheinland.

× **Bochum**, 10. Dezember. **(Zwischen Himmel und Erde.)** Von dem Dach der Josephskirche in der Blücherstraße ist nachts die Bleiabdeckung gestohlen worden, wodurch ein Schaden von 600 000 *M* entstanden ist. Die polizeilichen Nachforschungen sind eingeleitet worden. Bisher konnten die Täter noch nicht ermittelt werden.

× **Schwerte**, 10. Dezember. **(Von einer Ratte angefressen.)** Aus der Gemeinde Borken traf eine Mutter mit einem vier Wochen alten Kinde hier ein, weil dem Kinde nachts durch Ratten die Fingerchen angefressen worden waren. Besonders in den neuerbauten Kleinhäusern jener Gemeinde scheint diese Rattenplage schlimm aufzutreten.

× **Gütersloh**, 10. Dezember. **(Ein Familiendrama.)** In ihrem Hause an der Schulstraße wurden der Schneider Heinrich Schröder und seine Ehefrau tot aufgefunden. Schr. war in letzter Zeit geistig nicht ganz normal. Es ist nach Lage des Befundes anzunehmen, daß Schröder seine Ehefrau erschossen und dann sich selbst ermordet hat. Beide Leichen trugen Schußverletzungen am Kopfe.

× **Bielefeld**, 10. Dezember. **(Der Tausendmarkschein mit Kalender.)** Bielefeld ist wieder um eine neue Erfindung reicher. Der Direktor der Stadtsparkasse hat sich die Idee der Anfertigung von Banknoten mit Kalender gesetzlich schützen lassen. Das Bielefelder Notgeld zu 1000 *M* wird auch mit einem Kalender für das Jahr 1923 versehen sein. Der Kalender besitzt die Eigenheit, daß er nur Sonn- und Feiertage enthält. Die Arbeitstage sind als nebensächlich behandelt, können unter dem Vergrößerungsglase aber deutlich abgelesen werden. Der Bielefelder Banknotenkalender ist mit dem Wahlspruch versehen: Ueb immer Treu und Redlichkeit, bis an den letzten Tag (31. Dezember).

× **Rinteln**, 10. Dezember. **(Fremdenlegionswerber.)** Ein Bäckerlehrling Adolf Vogt wurde vor kurzem, als er sich von seiner elterlichen Wohnung in Uchtdorf nach Rinteln begeben wollte, kurz vor Rinteln von einem Auto angehalten. Als er sich weigerte, mitzufahren, zog ihn ein Mann gewaltsam ins Auto, während ein zweiter den Wagen steuerte. Vogt wurde in den Wagen eingeschlossen, und als er aussteigen wollte, mit dem Revolver bedroht. Das Auto fuhr über Lemgo nach Höxter und dann kreuz und quer durch Hannover in der Richtung nach Hamburg. Anscheinend suchten die Fremdenlegionswerber, um solche handelt es sich zweifellos, auf den Landstraßen nach neuen Opfern. In einem Orte vor Stade gelang es Vogt, während seine Begleiter in einem Gasthause einkehrten, durch das Wagenfenster zu entkommen. Er wanderte nach Rotenburg, wo ihn ein Verwandter aufnahm. Die Untersuchung ist eingeleitet.

× **Paderborn**, 10. Dezember. **(Die Not der Diaspora.)** Laut Kirchl. Amtsbl. Nr. 241 hat die Paderborner Diözesan-Synode beschlossen, daß sämtliche Geistliche, die das Normalgehalt beziehen, dem Bischof 10 Prozent ihres Bruttogehaltes überweisen sollen, um der ungeheuren Not der Diasporageistlichen zu steuern.

× **Alme**, 10. Dezember. **(Vom Blitz erschlagen.)** Bei dem über unsere Gegend niedergegangenen Gewitter, das von starkem Regen und Sturm begleitet war, schlug der Blitz in das Haus des Franz Pingel ein und zerstörte dabei die elektrische Lichtleitung, wodurch ein Einschalter herausgerissen wurde. Der unter dem Schalter sitzende P. wurde von dem überspringenden Blitz getroffen und auf der Stelle getötet.

× **Duisburg**, 10. Dezember. **(Ein Schleppdampfer gestohlen.)** An der Ruhrmündung wurde hier ein Schleppdampfer gestohlen. Die Diebe fuhren den Rhein hinunter und liefen infolge eines Maschinendefektes in der Nähe der holländischen Grenze auf die Rheinklippen auf. Sie verließen darauf den Dampfer und flüchteten. Das Schiff ist erheblich beschädigt worden.

× **Aachen**, 10. Dezember. **(Wie das belgische Kriegsgericht urteilt.** Der belgische Polizeibeamte Schmitz, der im März einen deutschen Polizeibeamten getötet hat, ist zu einem Jahr Gefängnis und 300 Franken Geldstrafe verurteilt worden. Der deutsche Beamte befand sich auf einer Gasthaus-Patrouille, er wurde von zwei belgischen Beamten auf die Straße gerufen und dort von Schmitz ohne weiteres niedergeknallt.

Von Nah und Fern.

= **Der Berliner Schauspielerstreik beendet.** Der Deutsche Bühnenverein teilt mit: Nach 12stündigen Verhandlungen, die Freitag im Gebäude der Deutschen Gesellschaft unter dem Vorsitz des geschäftsführenden Direktors des Deutschen Bühnenvereins, Rechtsanwalt Artur Wolf, stattfanden, wurde gestern nacht 11,45 Uhr der Friede zwischen Berliner Bühnenleitern und den streikenden Schauspielern unterzeichnet.

= **Schweres Flugunglück.** In der Nähe von Franzosenhöfe bei Stralsund stürzte ein von der Stralsunder Luftfahrzeugfabrik erbautes mit vier Personen besetztes Flugzeug aus einer Höhe von 300 Metern ins Meer. Ein Dampfer, der den Unfall bemerkt hatte, versuchte vergebens die Insassen zu retten. Einem zur Unfallstelle gerufenen Hebekran gelang es, das Flugzeug zu bergen. Die Insassen waren alle vier tot.

= **Wieder ein französischer Mörder.** Freitag nachmittag gegen 5 Uhr wurde der Beamte der Ludwigshafener Geschäftsstelle der Reichsvermögensverwaltung, Emil Hartmann, in der Wohnung des französischen Sergeanten und Regimentsschneiders Mulz von diesem durch einen Bauchschuß lebensgefährlich verletzt. Näheres über die Ursache ist noch nicht bekannt. Hartmann befand sich, wie vermutet wird, in Ausübung seines Berufes in der Wohnung des Sergeanten.

= **Racheakte gegen Landwirte.** In einem Nachbarorte von Braunschweig mußten seit dem Bußtage der Reihe nach mehrere Landleute die Erfahrung machen, daß ihre Rübenschnitzelmieten und Blattfutterstapel auf raffinierte Weise derart mit Fremdkörpern durchsetzt waren, daß das Rindvieh das davon gefüttert wird, unbedingt eingehen muß. Mehreren Landwirten sind bereits Tiere eingegangen, andere mußten ihr Vieh notschlachten lassen. Die Landwirte sind, weil sie fürchten müssen, daß ihre Rübenschnitzelmieten und Blattfuttervorräte, die bekanntlich im Freien aufgestapelt werden, auf ähnliche Weise verunreinigt sein mochten, nicht mehr in der Lage, in dieser Zeit der Futternot diese Vorräte zu Futterzwecken zu verwenden. Nachforschungen ergaben, daß überall dort, wo Untersuchungen angestellt, eine solche Sachbeschädigung vorgenommen worden ist. Man bringt diese Racheakte mit der Feindschaft gewisser Volkskreise gegen die Landwirte und mit Drohungen zusammen, die in der letzten Zeit unverblümt ausgesprochen worden sind. Die Landwirte der betreffenden Gemeinden sind bei der Kreisdirektion vorstellig geworden. Auch die Staatsanwaltschaft ist bereits verständigt. Die Landwirte setzen für die Ermittelung der Täter eine Belohnung von mindestens 100 000 *M* aus.

= **Auch ein „Arbeitsloser".** Kürzlich hat ein junger „Arbeitsloser" mit brennender Zigarette im Munde in einem Nassauer Kloster um etwas zum essen. Als ihm ein Topf Kaffee verabreicht wurde, forderte er 100 *M* zum Ankauf von Zigaretten (!). Da man ihm das verweigerte, schüttete er den Inhalt des Kaffeetopfes an die Wand.

= **Zigeunerschlacht.** In einer Wirtschaft in Eschede bei Celle entspann sich zwischen Zigeunern, die vom Uelzener Markt kamen, eine mehrstündige Schlacht, an der sich auch Frauen und Mädchen beteiligten und bei der Revolver und Messer spielten. Mehrere Personen wurden durch Schüsse und Stiche verwundet. Schließlich wurden Feuerwehr und Landjäger aus der Nachbarschaft herbeigerufen, die die Ruhe wiederherstellten. Zwölf Zigeuner wurden verhaftet und nach Celle gebracht. In ihrem Besitze fand man große Mengen Goldgeldes.

= **Der Tod im Destillierkessel.** Einen furchtbaren Tod erlitten in den Teutoniawerken in Harburg zwei Kupferschmiede, die damit beschäftigt waren, in einem Destillierapparat Schweißungen vorzunehmen. Während der Arbeit in dem Kessel entstand ein Feuer, durch das die Kleider der beiden Schmiede in Brand gerieten. Einer der beiden Schmiede verbrannte in dem Kessel bei lebendigem Leibe, während der andere lichterloh brennend durch das Mannloch ins Freie kommen konnte. Er wurde mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus gebracht, wo er nach kurzer Zei starb.

= **Von einem drastischen Beispiel der Geldentwertung** weiß die Gemeinde Waldsachsen bei Koburg (i. Thüringen) ein Liedlein zu singen. In der Lehrerwohnung mache sich das Umsetzen des Ofens notwendig. Dabei stellten sich die Arbeiten, bestehend in der Lieferung von zwei Bratröhren und einem ungefähr einen Meter langen Ofenrohr auf 19 000 *M*, während der Bau der ganzen Schule 1897 nur 18 000 *M* erforderte.

= **Ein Eisenbahnzug vom Sturm umgestürzt.** In der Nähe von Perpignan in Frankreich hat gestern der Sturm einen Zug zum Engleisen gebracht. Vier Wagen am Ende des Zuges wurden umgeblasen wie Kartenhäuser. Die Reisenden sind mit leichten Verletzungen davongekommen, da der Zug sogleich zum Halten gebracht werden konnte.

= **Eine Stadt in Flammen.** Reuter meldet aus Portland ein großer Brand sei in der Stadt Astoria (Amerika) ausgebrochen. Die Flammen hätten bereits sechs Häuserkomplexe zerstört und drohten die ganze Stadt einzuäschern. Gebäude wurden mit Dynamit gesprengt, um eine weitere Ausbreitung des Feuers zu verhindern.

Handel und Volkswirtschaft.

Der Dollar in Berlin am Samstag: 8329,12.

Berliner Devisenkurse.

	9. 12. Geld	9. 12. Brief	8. 12. Geld	8. 12. Brief
Amsterdam	3331,65	3348,35	3112,18	3132,95
Brüssel	543,63	546,37	518,17	521,89
Christiania	1596,00	1604,00	1431,01	1438,59
Kopenhagen	1735,05	1744,35	1576,05	1583,95
Stockholm	2254,35	2265,65	2059,81	2018,19
Rom	419,44	421,56	391,51	393,49
London	33154,37	38345,65	35511,00	35689,00
Newyork	8329,12	8370,80	7880,25	7919,75
Paris	591,01	593,99	559,59	562,41
Zürich	1581,03	1588,97	1496,25	1503,75
Madrid	1291,76	1298,24	1221,93	1228,07
Wien	11,47	11,53		
Prag	262,85	264,16	250,37	250,43
Warschau			45,00	

Berliner Produktenbericht.

Berlin, 9. Dezember. Für 50 Kilo ab Station wurde gezahlt für Weizen (märk.) 15 300—15 600 *M*, Roggen (märk.) 13 600—13 700 *M*, Sommergerste 12 600—13 000 *M*, schlesischer 12—12 500—12 900 *M*, Mais loko Berlin 15 200—15 400 *M*, Weizenmehl (100 Kilo) 41—46 000 *M*, Roggenmehl (100 Kilo) 36—39 000 *M*, Weizenkleie 8—8200 *M*, Roggenkleie 8—8200 *M*, Raps 24—25 000 *M*, Leinsaat 28—31 000 *M*, Viktoriaerbsen 29—30 000 *M*, Speiseerbsen 25—26 000 *M*, Peluschken 16 500—17 500 *M*, Ackerbohnen 16—17 000 *M*, Lupinen, blau 17—18 000 *M*, gelbe 21—23 000 *M*, Seradella 34—40 000 *M*, Rapskuchen 9300—9500 *M*, Trockenschnitzel 610—6300 *M*.

Altenessener Schweinemarkt.

* **Altenessen**, 9. Dezember. Gesamtauftrieb: 5732 Stück. Es wurden gezahlt im Engroshandel für Ferkel von 5—6 Wochen 7500—10 500 *M*, von 8—12 Wochen 10 500—15 000 *M*, von 12—15 Wochen 15—19 000 *M*, für Faselschweine über 15 Wochen 19—32 000 *M*. Verlauf des Marktes: Für Ferkel lebhafter und für Läufer langsam.

* **Münsterischer Wochenmarkt vom 9. Dezember.** Folgende Preise wurden gezahlt: Fleisch: Rindfleisch 400—500 *M*, Kalbfleisch 400—450 *M*, Hammelfleisch 400 *M*, Schweinefleisch 600—700 *M*, Bratwurst 650—750 *M*, Mettwurst 800—1000 *M*, Speck frisch 600—700 *M*, Speck geräuchert 1100—1200 *M*, Braunschweiger Wurst 700—1000 *M*, Leberwurst 400—700 *M*, Jungenwurst 500—600 *M*, Schinkenwurst 550—600 *M* das Pfund. Gemüse: Weißkohl 14—16 *M*, Wirsing 20—25 *M*, Rotkohl 25—30 *M* das Pfund, Blumenkohl 100—325 *M* das Stück, Rosenkohl 80—100 *M* das Pfund, Wurzel 12—16 *M* das Pfund, Endiviensalat 10—20 *M* das Stück, Schwarzwurzel 40—45 *M*, Zwiebel 30—35 *M*, Grünkohl 15—16 *M*, Sellerie 12—15 *M*, Purree 12—15 *M*, Rotebeete 10—12 *M*, Aepfel 15—20 *M*, Aepfel besserer Sorte 25—35 *M* das Pfund.

* **Rauhfutterpreise.** In Berlin wurden gestern folgende Großhandelspreise pro 5 Kilo ab Station notiert. Weizen- und Roggenstroh drahtgebündelt 6200—6500 *M*, Haferstroh drahtgebündelt ditto, gebündeltes Roggenlangstroh 5600—6000 *M*, Heu gutes 5300—5600 *M*, Heu, handelsüblich 5000—5200 *M*.

Die Großhandelsindexziffer.

Berlin, 9. Dezember. Die Bewegung der Großhandelspreise erreichte nach dem akuten Marksturz im Oktober zu Anfang November einen Höchststand, auf dem sie, wenn auch unter Schwankungen, bis Ende des Monats verharrten. Außerdem wurden die Preise der grundlegenden Rohstoffe inländischer Erzeugung, insbesondere von Kohle und Eisen im Berichtsmonat weiter beträchtlich heraufgesetzt. Infolge dieser Bewegungen ist die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes von dem 566fachen im Durchschnitt Oktober auf das 1151fache oder um 103,4 vom Hundert im Durchschnitt November gestiegen. Der Dollar wurde im November mit 7183 *M* gegen 3181 *M* im Oktober notiert, seine Höherbewertung beträgt 125,8 vom Hundert. Dieser Bewegung folgten die Einfuhrwaren mit einer Steigerung von dem 903fachen auf das 2141fache oder um 137 vom Hundert im November, während die vorwiegend im Inlande erzeugten Waren von dem 499fachen auf das 953fache oder um 95 vom Hundert anzogen. Im einzelnen stiegen Getreide und Kartoffeln von dem 523fachen auf das 919fache, Fette, Zucker, Fleisch und Fische von dem 580fachen auf das 1026fache, Lebensmittel zusammen von dem 564fachen auf das 1033fache, ferner Häute und Leder von dem 991fachen auf das 2130fache, Textilien von dem 1029fachen auf 2428fache, Metalle von dem 686fachen auf das 1706fache, Kohlen und Eisen von dem 396fachen auf das 971fache, Industriestoffe zusammen von dem 569fachen auf das 1371fache.

Die auf dem 5. Dezember berechnee Stichtagindexziffer der Großhandelspreise erreicht das 1495fache des Friedensstandes. Von den Hauptgruppen stehen die Lebensmittel am gleichen Tage auf dem 1160fachen, die Industriestoffe auf dem 2122fachen; ferner die vorwiegend im Inlande erzeugten Waren auf dem 1280fachen und die Einfuhrwaren auf dem 2569fachen.

* **Friedrich Krupp A.-G.** Auf Grund des Abschlusses der Fried. Krupp A.-G. für das Geschäftsjahr 1921/22 wird von der Verwaltung eine Dividende von 10 Prozent vorgeschlagen. Auch die werksangehörigen Aktionäre sollen eine volle Jahresdividende erhalten, obwohl ihre Akten nur für ein halbes Jahr dividendenberechtigt sind. Die Kruppschen Betriebe, die nach dem Kriege wieder umgestellt werden mußten, sind zu großen Maschinenfabriken geworden. Allein der Lokomotiv- und Wagenbau beschäftigt jetzt an 7000 Mann und brachte im verflossenen Jahre 161 Lokomotiven und 2235 Güterwagen heraus. Die Herstellung von Trockenbaggern, Dieselmotoren, sowie von Eisenbahnoberbaumaterial ist gut vorangeschritten. Die Germaniawerft pachtete eine Schleuse am Eingang zum Kaiser-Wilhelm-Kanal und richtete sie als Dock ein. Die Kruppsche Eisenhandels-Organisation erfuhr eine Ausdehnung namentlich in Mitteldeutschland, in den östlichen Küstenprovinzen und nach Ueberssee. Zum ersten Mal seit Kriegsausbruch konnte die Kruppsche Reedereiflagge sich wieder auf dem Weltmeer zeigen. Für die Erfahrten wurden drei auf der Germaniawerft erbaute Schiffe und ein im Ausland gekaufter Dampfer in Dienst gestellt. Eine Kommission von Ententeoffizieren ist bis zum heutigen Tage in den Essener Werken. Nach ihren Befehlen wurden bisher 43 Prozent aller Arbeitsmaschinen der Firma zerstört oder zwangsweise zerstreut, metallurgische Oefen abgerissen oder umgebaut, an Lehren und Vorrichtungen rund 8450 Tonnen vernichtet. Für Wohlfahrtszwecke, Angestellten- und Arbeiterversicherung wurden insgesamt 270 Millionen Mark aufgewandt.

* **Interessengemeinschaft zur Durchführung des Wiederaufbauprogramms.** Zwischen der Lehrer von Siemens Vereinigte Baustoff-Industrien Kommanditgesellschaft in Düsseldorf und der Süddeutschen Bau- und Industriegruppe G. m. b. H. in München, der Münchener Wiederaufbaugruppe ist eine Interessengemeinschaft beschlossen worden. Die Lesi-Düsseldorf und die Süddeutsche Aufbaugruppe-München haben ein diesbezügliches Abkommen unterzeichnet, um im Wege des engen Zusammenschlusses eine gemeinschaftliche Abwickelung des Wiederaufbauprogramms durchzuführen. Die Süddeutsche Aufbaugruppe steht bekanntlich in einem Vertragsverhältnis zur Grande Union in Paris, einer der größten Mandatare für Sachlieferungen, während die Lesi mit dem bedeutendsten französischen Großunternehmerverband (Chambre Syndicale des Constructeurs) ein Wiederaufbauabkommen geschlossen hat. Zum Zwecke der Durchführung der Interessengemeinschaft wird u. a. das vorläufige Kapital der Süddeutschen Aufbaugesellschaft von 3½ auf 15 Millionen Mark erhöht, wovon die Lesi den größeren Betrag übernimmt.

* **Weitere Erhöhung des Zollgoldaufgeldes.** Für die Zeit vom 13. bis einschließlich 19. Dezember 1922 beträgt das Zollgoldaufgeld 178 900 Prozent.

* **Die billigste Zigarette 30 *M*.** Das Zigarettenkartell e. V. hat den Mindestpreis für Zigaretten auf 30 *M* festgesetzt.

Sport.

Fußballspiel-Ergebnisse in Westdeutschland.

Westfalen-Gau: Arminia Bielefeld — V. V. Düsseldorf 04 1:3 (Gesellschaftsspiel).

Rheingau (Gruppe Süd): Rhenania Köln — Sp. Vg. Ehrenbreitstein 1:0. — C. f. R. Köln — Bonner F. V. 6:2. — T. R. V. Bonn — Kölner S. C. 99 1:3. — Mülheimer S. V. — Viktoria Köln 3:2. — **(Gruppe West):** Borussia M.-Gladbach — Rheydter Sp. 3:2. — Eintracht M.-Gladbach — T. S. V. Lürrip 0:1. — Alemania Aachen — V. f. B. Aachen 2:3. — Köln-Fürther Sp. Vg. — Kölner V. C. 2:4.

Ruhrgau: Dortmunder S. C. 95 — Preußen Essen 0:1. — V. V. Altenessen — Essener T. V. 2:3. — T. S. V. Bochum 48—Märk. V. V. Linden 3:8. — S. C. Gelsenkirchen 07 — Essener S. V. 99 3:2. — Arminia Marten — V. V. Buer 6:2. — S. V. Dortmund 08 — Union Gelsenkirchen 2:5.

Berg.-Märk. Gau: Borussia Concordia Düsseldorf — Düsseldorfer S. C. 99 1:2. — S. C. Cronenberg — Union Düsseldorf 1:9. —

Gau Niederrhein: V. f. R. Mülheim — Duisburger Sp. V. 0:3. — F. V. 08 Duisburg — Preußen Krefeld 4:0. — T. Sp. V. Meiderich 1880 — T. S. V. Duisburg 48 0:0. — Union Hamborn — V. f. v. B. Ruhrort 0:1. — Union Krefeld — Preußen Duisburg 1:1. — V. f. B. Bottrop — Sp. Vg. Meiderich 06 1:2. V. V. Styrum — Hamborn 07 0:1.

Hessisch-Hannoverscher Gau: T. S. V. Kassel 48 — Kurhessen Kassel 0:5. — S. Fr. Kassel — S. V. Bettenhausen —. Sp. V. Kassel — Hessen Hersfeld 10:0. — Hermannia Kassel — Germania Fulda 1:1.

Holz-Verkauf.

Am Dienstag, den 12. Dezember 1922, nachm. 2 Uhr werden aus dem Schutzbezirk Davensberg, Forstort „Jagdhaus", Distrikt 99 in der Wirtschaft Bürger zu Davensberg folgende Hölzer öffentlich meistbietend verkauft:

Bauholz:
25 Eichen-Stämme 3,43 fm Inhalt
19 Kiefern-Stämme 1,88 „ „
18 Fichten-Stämme 2,54 „ „
61 Fichten-Stangen 1. Klasse
103 „ „ 2. „
172 „ „ 3. „
410 „ „ 4. „
310 „ „ 5. „
22 rm Birken-Schichtnutzholz (Stielholz)
32 „ „ -Brennholz-Knüppel
10 „ Eichenreiser (unaufgearbeitet)

Nordkirchen, den 7. Dezember 1922.

Herzoglich Arenbergische Oberförsterei.

Pappeln- und Ulmenverkauf.

Am Montag, den 11. Dezember d. Js., nachm. 1½ Uhr werden an der Wirtschaft Ettmann-Benthaus in Elvert bei Lüdinghausen für die Landgemeinde Lüdinghausen

ca. 30 Pappeln u. 8 Ulmen

öffentlich meistbietend nummerweise verkauft.

Das Holz ist von bester Qualität in einer Stückstärke von 1—3,5 fm Inhalt. (630

Die Verkaufsbedingungen werden vor Beginn des Verkaufs bekannt gegeben, können aber auch gegen Zahlung von Mk. 50.— von der Amtsverwaltung in Lüdinghausen bezogen werden.

Lüdinghausen, den 30. November 1922.

Der Gemeindevorsteher: Große Entrup.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 11. Dezember 1922.

a. **Zwangsanleihe.** Auf die in dieser Ausgabe enthaltene Bekanntmachung des Finanzamtes Borken über Zeichnung der Zwangsanleihe wird hingewiesen. Die Frei-Grenze von 100 000 ℳ erhöht sich, **wenn das Vermögen hauptsächlich aus Kapitalvermögen besteht:** 1. auf 300 000 ℳ, wenn das der Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921 zu Grunde liegende Gesamteinkommen 40 000 ℳ nicht übersteigt; 2. auf 1 000 000 Mark, wenn das Einkommen 1921 60 000 ℳ nicht übersteigt, vorwiegend aus den Erträgen von Kapitalvermögen besteht und wenn der Steuerpflichtige am 31. Dezember 1922 über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht nur vorübergehend erwerbsbehindert ist. Wer zum Reichsnotopfer zu hoch veranlagt ist oder zu viel einbezahlt hat und eine Erstattung zu beanspruchen hat, muß sich überlegen, ob er sich den überzahlten Betrag herauszahlen lassen oder dessen Anrechnung auf die Zwangsanleihe verlangen will. Die gegen die Notopferveranlagung eingelegten Rechtsmittel werden voraussichtlich im Laufe des Monats Dezember vom Finanzamt Borken entschieden sein, sodaß dann jeder weiß, welchen Betrag er an Reichsnotopfer endgültig schuldet. Nach den bestehenden Vorschriften erfolgt die Anrechnung von Amtswegen, wenn oder soweit der Abgabepflichtige ihr nicht bis zum 31. März 1923 widerspricht, also eine Erstattung verlangt. Hat der Abgabepflichtige der Anrechnung einmal widersprochen, d. h. Erstattung verlangt, so ist ein späterer Antrag auf Anrechnung nicht mehr zulässig. Das Verfahren bei der Anrechnung ist so geregelt, daß das Finanzamt nach rechtskräftiger Feststellung der Zeichnungspflicht auf die Zwangsanleihe die Finanzkasse anweist, zu Gunsten des Zeichnungspflichtigen den entsprechenden Betrag bei seiner Annahmestelle zu zeichnen. Etwaige Wünsche wegen der Stückelung der Zwangsanleihe muß der Steuerpflichtige vorher geltend machen.

a. **Kleinrentner.** Der Herr Reichsminister der Finanzen hat die Finanzämter darauf hingewiesen, daß sie nach Lage des Einzelfalls berechtigt sind, die gemäß § 23 Abs. 1 Nr. 3 des Umsatzsteuergesetzes zu entrichtende Umsatzsteuer (Luxussteuer von Privatverkäufen) anstatt von dem Verkäufer, der an sich in erster Reihe für die Steuer haftet, sie aber dem Erwerber in Rechnung stellen darf, unmittelbar von diesem einzuziehen. Eine große Zahl der Eingaben von kleinen Rentnern um Erlaß von Luxussteuern haben durch dieses vom Reichsfinanzhof durch Entscheidungen vom 4. Oktober 1921 — V. A. 107 u. 108, Reichssteuerblatt 1921 S. 407 als gerechtfertigt anerkannte Verfahren ihre Erledigung gefunden. Weiterhin hat der Herr Reichsfinanzminister mit Rücksicht auf die Notlage der Kleinrentner in Aussicht gestellt, daß er in seiner Befugnis, die Steuerschuld im Einzelfall auf Grund des § 108 der Reichsabgabenordnung zu erlassen, in weitem Umfange Gebrauch machen werde.

● **Duisburg,** 10. Dez. **Spielplan des Stadttheaters vom 11. bis 19. Dezember 1922.** Montag: „Der Wettlauf mit dem Schatten". Dienstag: „Der Waffenschmied". Mittwoch: „Die Prinzessin und der Schweinehirt". Donnerstag: „Die Meistersinger von Nürnberg". Freitag: „Die Fledermaus". Samstag: nachmittags 3 Uhr: „Die Prinzessin und der Schweinehirt". Sonntag: 4. Morgenfeier „Der Totengräber von Feldberg". Nachmittags 3 Uhr: „Die Prinzessin und der Schweinehirt". Abends: „Medea". Montag: Abendveranstaltung des Bühnentanzes. Dienstag: „Die lustigen Weiber von Windsor".

r. **Gemenwirthe,** 9. Dez. **Diebstahl.** Ein verwegener Diebstahl wurde bei dem Landwirt Termöllen ausgeführt. Als Beutestück waren zwei fette Schweine ausersehen. Zum Glück bemerkte Termöllen rechtzeitig den Verlust und verfolgte die Spitzbuben, die vor den Verfolgern die Beute im Stich ließen und schleunigst reißaus nahmen.

r. **Ramsdorf,** 8. Dez. **Unglücksfall.** In Bottrop verunglückte bei Ausübung seines Berufes als Hemmschuhleger der Bahnarbeiter Bernard Tenk von hier.

h. **Suderwick,** 10. Dez. **Schadenfeuer.** Am Samstag Morgen brach in der Holzbearbeitungsfabrik von Asterhoff u. Rießer in Dinxperlo Feuer aus. Da große Holzvorräte aufgestapelt waren, fand das Feuer reiche Nahrung. Die Wehren von Dinxperlo und Suderwick hatten harte Arbeit, die umliegenden Gebäude zu schützen. Der Schaden ist groß.

---

†

Das Jahres-Seelenamt

für den verstorbenen Rendanten

Heinrich te Laake

und verstorbenen Angehörigen

findet statt am Dienstag, 12. d. M., morgens ½9 Uhr in der St. Georgius-Pfarrkirche, wozu freundl. eingeladen wird.

Preistarif

für das Schneiderinnen-Gewerbe.

Gesellschaftskleid	8500 ℳ
Straßenkleid	4000—8000 ℳ
Mantel	4000—7000 ℳ
Hemdbluse	1500—3000 ℳ
Elegante Bluse	3000—5000 ℳ
Rock	1500—3000 ℳ
Kindermantel	2000—4000 ℳ
Kinderkleid	1500—3000 ℳ

Die Kundschaft wird gebeten, die angefertigte Arbeit sofort bei der Ablieferung zu bezahlen.

Bocholt, den 9. Dezember 1922.

Der Meisterinnen-Verein.

Holzverkauf.

Am Donnerstag, den 14. ds. Mts., vormittags 11 Uhr werden beim Zollamt in Zwillbrock b. Vreden daselbst lagernde

Eichenstämme

der Klasse B 3, B 4 und B 5, zusammen 7 Festmeter, öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert.

Vreden, den 9. Dezember 1922.

Das Hauptzollamt.

Zu verkaufen:

25 Stück gußeiserne Rohre mit Flanschen ca. 3 Meter lang,
7 Stück gußeiserne Rohre mit Flanschen ca. 2 Meter lang,
5 Paßstücke ca. 30—100 Zentimeter lang,
12 Stück Krümmer,
1 T Stück ca. 60 Zentimeter lang,
1 T Stück ca. 150 Zentimeter lang.

Für sämtliche vorgenannten Teile gelten folgende Dimensionen: 100 Millimeter lichte Weite, 10 Millimeter Wandstärke, 230 Millim. Flanschen-Durchmesser, 180 Millimeter Lochkreis der Flanschen (4 Löcher).

A. Hub: Babel,
Zentralheizungsgeschäft, Bocholt i. Westf.

In der Strafsache

gegen den Bauhilfsarbeiter Josef Simons aus Bocholt wegen verbotener Ausfuhr hat das Preußische Schöffengericht in Bocholt am 23. November 1922 für Recht erkannt:

Der Angeklagte ist der verbotenen Ausfuhr von einer Lederhandtasche schuldig und wird deshalb zu einer Gefängnisstrafe von einer Woche und zu einer Geldstrafe von 6000.— Mk. oder 60 Tagen Gefängnis verurteilt.

Bocholt, den 2. Dezember 1922.

Auf Anordnung des Gerichts.
Herbst, Justizobersekretär.

Apollo-Theater.

Nur noch 1 Tag! Heute (Montag).

1

Lotte Neumann,
die bevorzugte Künstlerin in dem dramatischen vieraktigen Schauspiel:

Die Hochzeit der Gisella Medoborus.

2.

Gräuel der Finsternis.

Aeußerst spannendes Sensationsdrama in 6 Akten mit **Wanda Treumann** in der Hauptrolle.

3.

Die Schlußteile des amerikanischen Großfilms:

„NOBODY"

1. Film: „Lidby."
2. Film: „30 Sekunden vor dem Tode."

Hauptrolle: **Sylvester Schäffer.**

Anfang 5 Uhr. Beginn der letzten Abendvorstellung ½7 Uhr.

Dienstag neues Programm!

Warnung!

Wir warnen hierdurch jeden, unsere eingefriedigten Fabrikgrundstücke bei geschlossenen Toren zu betreten, da wir mit polizeilicher Erlaubnis

Scharfschüsse

ausgelegt haben.

Westdeutsche Industrie-Ges. m. b. H.
Abt. Deppner & Pottmeyer.

Ausgabe von Zuckerkarten.

Amt Rhede.

Die Ausgabe der Zuckerkarten im Amtshause Rhede findet wie folgt statt: Für die Einwohner der Gemeinden Rhede, Altrhede, Krechting am Montag, den 11. Dezember 1922 vormittags von 8½—12 Uhr, für die Gemeinden Büngern, Crommert und Vardingholt am Dienstag, den 12. Dezember 1922, vormittags von 8½—12 Uhr.

Die Brotbücher sind vorzulegen.

Rhede, den 7. Dezember 1922.

Der Amtmann: Dörner.

Hiesige Fabrik sucht tüchtigen

Lohnbuchhalter.

Gefl. Offerten erbeten unter 6563 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Für einen 16jährigen Schüler mit Obersecundareife wird zum 1. Januar

Lehrstelle

auf kaufm. Büro einer hiesigen Fabrik oder Bank gesucht.

Gefl. Offerten unter O. J. 30 an die Geschäftsstelle.

10000 M. Belohnung!

Am Mittwoch Abend gegen ½10 Uhr von der Josephskirche bis zum Markt ein

Skunks-Kragen

verloren.

Wiederbringer erhält obige Belohnung. Näheres Geschäftsstelle.

Oeffentliche Bekanntmachung des Finanzamtes Borken betreffend Zwangsanleihe.

Als Annahmestellen für Zeichnungen auf die deutsche Zwangsanleihe von 1922 sind im Kreise Borken bestellt:

1. Reichsbanknebenstelle in Bocholt,
2. Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer u. Co. Zweigniederlassung in Bocholt,
3. Deutsche Bank, Zweigstelle in Bocholt,
4. Westfälischer Bankverein, Filiale der Essener Kreditanstalt, in Bocholt, 5. Kreissparkasse in Borken und deren Zweigstellen in Bocholt und Anholt, 6. Stadtsparkasse in Bocholt, 7. Stadtsparkasse in Borken, 8. Bankverein in Borken.

Zeichnungspflichtig sind alle natürlichen und juristischen Personen, Vereine und Stiftungen, die am 1. Januar 1923 vermögenssteuerpflichtig sind. Um festzustellen, ob dieses der Fall ist, muß der Steuerpflichtige sein Vermögen auf den 31. Dezember 1922 schätzen. Eine Zeichnungspflicht besteht nicht, wenn das Vermögen 100 000 Mark nicht übersteigt.

Jeder Zeichnungspflichtige muß gleichzeitig mit der Abgabe der Vermögenssteuererklärung, deren Zeitpunkt später bekannt gegeben wird, spätestens aber bis 28. Februar 1923 zwei Drittel des von ihm zu zeichnenden Zwangsanleihebetrages bei einer Annahmestelle im voraus zeichnen. Er erhält später gleichzeitig mit der Veranlagung zur Vermögenssteuer vom Finanzamt einen Bescheid über den Umfang seiner Zeichnungspflicht und muß dann den hiernach noch nicht gezeichneten Betrag binnen zwei Monaten nach Zustellung dieses Bescheides zeichnen.

Stellt sich bei dieser Festsetzung heraus, daß der Zeichnungspflichtige es unterlassen hat, 2 Drittel im voraus zu zeichnen, so hat er den Nachteil, daß seine Zeichnungspflicht gemäß § 16 des Gesetzes über die Zwangsanleihe erheblich höher festgesetzt wird.

Der Zeichnungskurs im Dezember 1922 ist = 101, im Januar 1923 = 102, im Februar = 104 und im März = 106 des Nennwerts.

Bei der Zeichnung muß der Zeichnungspreis sofort bar bezahlt werden.

Die auf das Reichsnotopfer überzahlten und zu erstattenden Beträge sind von Amtswegen auf die von dem Erstattungsberechtigten zu zeichnende Zwangsanleihe anzurechnen,

wenn nicht der Erstattungsberechtigte bis zum 31. März 1923 dieser Anrechnung widerspricht.

Alle diejenigen, die die Erstattung von Reichsnotopferzahlungen beanspruchen und Zwangsanleihe zu zeichnen haben, werden daher hiermit aufgefordert, der Anrechnung auf die Zwangsanleihe bis zum vorgenannten Termin schriftlich zu widersprechen. Das Finanzamt, das die Veranlagung zum Notopfer vorgenommen hat und der Wohnort am 31. Dezember 1919 sind in diesem Schreiben anzugeben.

Borken, den 2. Dezember 1922.

Finanzamt.

Nachtrag

zur Gebührenordnung für Schornsteinreinigung in der Stadt Bocholt.

Auf Grund des § 77 der Reichsgewerbeordnung werden hierdurch im Einverständnis mit der Gemeindebehörde die in der Gebührenordnung vom 31. Oktober ds. Jrs. (Bocholter Volksblatt 14. 11.) angegebenen Beträge um 100 Prozent erhöht.

Bocholt, den 17. Dezember 1922.

Die Ortspolizeibehörde.

Bankbeamter
sucht zum 1. Januar

Zimmer

mit oder ohne Pension. Angebote u. B. 3769 an die Geschäftsstelle.

Jg. Handwerker sucht leeres

Zimmer

evtl. mit voller Pension zum 1. Jan. od. früher. Adressen abzugeben in der Geschäftsstelle

---

Ein Herren- und ein Damen-Fahrrad

(fast neu)

zu verkaufen.

Näh. Geschäftsstelle.

Ein neues zweischläfiges

BETT

preiswert zu verkaufen. Wilhelmstr. 19.

PELZ

Marder

zu verkaufen.

Näh. Geschäftsstelle.

Ein 300 Pfd. schweres junges

Schwein

zu kaufen gesucht

Friedenstr. 24.

Ein Trauring

ge. J. E. M. K.

verloren.

Wiederbringer erhält Belohnung. b3767
Karolingerstr. 850 v.

Korsett-Anfertigung

nach Maß, auch bei **Stoffangabe,** moderne neue elegante Formen, Korsetts mit Leibbinde, U.-Korsetts, D. für starke Damen, bequeme gut sitzende Fassons, Reform-Korsetts, Backfischen, Kinder-Korsetts u. Leibchen. Mäßige Preise. Solider Lohnhalter. Gute Korsettstoffe, beste Einlagen.

Frau Strauss.
Nobelstr. 10, 1. Etg.



Städtische Freiwillige Feuerwehr Bocholt.

Am Montag, d. 11. Dezember, abends 8,15 Uhr

Antreten im Gerätehaus, Saalübung und Mitglieder-Versammlung

im Saale Bürgerkrug

Wichtige Verhandlungen und Mitteilungen erfordern **vollzähliges** Erscheinen.

Dienstkarte mitbring.

Der Vorstand.

Eisenbahn-Kohlenbezugsgemeinschaft.

Montag, den 11. d. M.

Kohlenausgabe,

auch ist noch **Weißkohl** zu haben. kb33766



Schäferhund

(mannfest) preiswert zu verkaufen. kb3764

Johann Potthoff,
Feldmark 750/3,
b. Hünting.

Wachsamer Schäferhund,

nicht unter 1 Jahr alt,

zu kaufen gesucht.

Angebote unter **U. B. 33** an die Geschäftsstelle d. Bl.



Ein Wallach,

mittelschwer, zu verkauf.

Näh. Geschäftsstelle